

Gespräch zwischen Peter Polke (VP, EVG, Betriebsrat S-Bahn)
und Gotthard Krupp (ver.di Bezirksvorstand, AfA Landesvorstand)

Wir erwarten von unseren Gewerkschaften die Organisation des Kampfes für die Wiederherstellung der Berliner S-Bahn ...

Gotthard Krupp: Mit großem Interesse haben wir die Diskussion im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages verfolgt, dem ein Vorschlag von Beschäftigten, Vertrauenspersonen und dem Betriebsrat der Berliner S-Bahn für ein Sofortprogramm für die Wiederaufrichtung der S-Bahn (s. letzte Soziale Politik...) Kannst Du dazu etwas ausführen?

Peter Polke: Ich habe den dort anwesenden politischen Vertretern der Parteien den Vorschlag für das Sofortprogramm vorgestellt. Meine Rede war Satz für Satz mit dem Betriebsrat besprochen und abgestimmt.

Der S-Bahn-Chef Buchner nannte den bisherigen Kurs der S-Bahn „alternativlos“. Dagegen haben wir mit unserem Sofortprogramm einen Ausweg aufgezeigt – und das hat alle überrascht. Und niemand, weder von Seiten des Bahnkonzerns noch von den Mitgliedern des Verkehrsausschusses, hat unsere Vorschläge in Frage gestellt oder als unrealistisch dargestellt - im Gegenteil.

Wir haben den Abgeordneten erklärt, dass die Entscheidung in ihrer Hand liegt. Sie vertreten den Eigentümer Bund und sind der Auftraggeber an die Deutsche Bahn.

Von Seiten der politisch verantwortlichen Regierungsvertreter wird immer darauf verwiesen, dass sie sich nicht in das operative Geschäft des Bahnkonzerns einmischen dürfen. Also sie wollen keine Geldmittel geben, um einen normalen S-Bahnbetrieb für die Bürger zu garantieren. Aber die Entscheidung, die Bahn um Millionen und Abermillionen zu plündern, um die Banken und Spekulanten bedienen zu können, sehen sie durchaus in ihrer Allmacht.

Mit unserer Initiative, eine Delegation der S-Bahner zum Verkehrsausschuss zu schicken, kam es uns darauf an, die Abgeordneten daran zu erinnern, dass die Bahn zu 100% Eigentum des Bundes ist und dass es keine Rechtfertigung für die Bundesregierung geben kann, sich dieser Verantwortung zu entziehen. Deshalb fordern wir von den Abgeordneten die politische Entscheidung für die Rettung der S-Bahn, die die Bundesregierung umzusetzen hat.

Die Abgeordneten müssen klar bekennen, ob die Bahn und damit die S-Bahn der Öffentlichen Daseinsvorsorge dienen soll oder als Geldesel für den Bund, bzw. als Profitquelle für private Investoren.

Gotthard Krupp: Ihr habt die Forderung nach einem Kontrollausschuss gestellt. Wie soll das aussehen?

Peter Polke: Der Ausschuss soll sich zusammensetzen aus Gewerkschaften, Kolleginnen vor Ort, Vertretern des Betriebsrates und der Verkehrsausschüsse von Bund und der Länder Berlin und Brandenburg. Er ist unsere Antwort auf die Erfahrung, dass immer wieder irgendwelche Zusagen gemacht wurden, deren Einhaltung aber nie kontrolliert wurde und deshalb auch nicht stattfand.

Jetzt haben einige Abgeordnete die Forderung zwar aufgenommen aber gleichzeitig verändert: der Bahnkonzern solle einen solchen Ausschuss einsetzen. Damit machen sie den Bock zum Gärtner. Diejenigen, die bisher immer nur zugunsten der Rendite geplündert haben, sollen jetzt kontrollieren, wo und warum es Missstände bei der S-Bahn gibt?

Wir fordern einen unabhängigen Ausschuss. Die Vertreter der Verkehrsausschüsse von Bund, Berlin und Brandenburg haben dort eine besondere politische Verantwortung.

Aber da kommen wir zu einem unserer Hauptprobleme. Unsere Organisationen, die Gewerkschaften, haben sich überhaupt noch nicht geäußert, weder zu dem Sofortprogramm noch zu dem Ausschuss. Es ist die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften, den Kampf für die Verteidigung der S-Bahn und damit auch für vernünftige Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu organisieren und dafür die Kollegen zu mobilisieren.

Gotthard Krupp: Es gab einen Beschluss der letzten Bezirkskonferenz des DGB Berlin-Brandenburg. Da heißt es klar, dass die Gewerkschaftsvertreter von TRANSNET (heute EVG) aber auch der DGB mit dem Mandat der Belegschaft der S-Bahn für entsprechende Forderungen mit der Bundesregierung in Verhandlungen treten sollen. Es sind die Kolleginnen und Kollegen aller Gewerkschaften betroffen.

Peter Polke: Wir müssen leider die Bilanz ziehen, dass bisher nichts passiert ist, obwohl die Situation immer dramatischer geworden ist – auch für die Beschäftigten, die unter unerträglichen und gesundheitsschädigenden Bedingungen arbeiten.

Die Zeit drängt immer mehr. Die Forderungen der Belegschaft und des Betriebsrates sind klar. Und damit auch ihr Mandat. Unsere Gewerkschaftsverantwortlichen müssen sofort entscheiden, für die Wiederherstellung der S-Bahn alle gewerkschaftlichen Kampfmittel einzusetzen. Das ist ihre Aufgabe. Nur dann werden wir die Kampfkraft für die Durchsetzung des Sofortprogramms und die Einsetzung des Kontrollausschusses entfalten können.

Wir werden uns umgehend mit diesem Auftrag an unsere Gewerkschaftsverantwortlichen wenden und erwarten klare Antworten.

Gotthard Krupp: Am 28. Februar findet eine Betriebsversammlung bei der S-Bahn statt. Auf der Tagesordnung steht: „Wie weiter mit der S.-Bahn?“ Wie bereitet ihr sie vor?

Peter Polke: Bahnkonzernchef Grube wird zu unserer nächsten Belegschaftsversammlung kommen. Wir mobilisieren die Belegschaft dorthin, um unseren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Grube ist in der Pflicht, von der Bundesregierung die Entscheidung für ein solches Sofort-Rettungspaket einzufordern und alles für seine Umsetzung zu unternehmen. Die notwendigen finanziellen Mittel sind sofort zu bereitzustellen. Für uns gibt es also nur eine Frage, die wir zu besprechen haben: Wie wird ein Sofortprogramm zur Wiederaufrichtung der Berliner S-Bahn umgesetzt? Außerdem werden wir über die Schritte zur Realisierung des Kontrollausschusses sprechen.

Es sind natürlich die verantwortlichen Gewerkschaftsvertreter einladen.

Gotthard Krupp: Wir haben uns jetzt als Sozialdemokraten an unsere Berliner Bundestagsabgeordneten gewandt, mit der Forderung, eine Initiative in der SPD-Bundestagsfraktion für ein solches Sofortprogramm der schwarz-gelben Regierung zu ergreifen und die Einsetzung eines Kontrollausschusses zu unterstützen.

Auch der Berliner Senat hat eine klare Verantwortung, von der Bundesregierung Sofortmaßnahmen einzufordern. In einer Pressemitteilung des Landesvorstands der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Berliner SPD (AfA) wird betont, dass die ständige Rücksichtnahme des Berliner Senats auf die Bundesregierung nicht mehr nachvollziehbar ist. Man muss die Verantwortlichen nennen und von ihnen Entscheidungen im Interesse der Funktionsfähigkeit und damit der Nutzerinnen und Nutzer der Berliner S-Bahn verlangen.

Peter Polke: Es ist sicher richtig, überall diese Diskussion zu initiieren. Ich sehe alle Abgeordneten, die sich immer auf die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer berufen, hier in einer besonderen Verantwortung.

Es ist unfassbar, dass die „Linke“ jetzt die Diskussion über eine mögliche Rechtsformänderung, eine sinnvolle Gestaltung des Wettbewerbs aufmachen will. Es gibt keinen „fairen Wettbewerb“, das zeigt gerade noch einmal der so viel gelobte Branchentarifvertrag bei der Bahn, der tatsächlich aber Lohndumping und Tarifflicht legitimiert und zementiert (s. dazu auch letzte Nr. der „Sozialen Politik & Demokratie“).

Es gibt sicher noch viele offene Fragen. Aber im Zentrum steht: Die S-Bahn wie der gesamte ÖPNV ist eine große Errungenschaft der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Die gilt es zu verteidigen. Das geht nur, wenn sie wieder unter die volle politische und finanzielle Verantwortung des Staates kommt.

Wir wollen für die Bürger und Bürgerinnen arbeiten und nicht für die Gewinninteressen einer Bahn AG. Wir wollen die S-Bahn jetzt wieder aufbauen, nicht irgendwann.